

Druck auf Arbeitslose: Verheerende Folgen für den Arbeitsmarkt

Zusammenfassung

- Kürzungen des Arbeitslosengeldes und andere Sanktionen haben neben einer Verschlechterung der finanziellen Situation von Betroffenen auch negative Auswirkungen auf den gesamten Arbeitsmarkt
- Zusätzlicher Druck auf Arbeitslose führt dazu, dass diese Jobs mit deutlich schlechterer Qualität annehmen
- Neben niedrigerem Lohn führt dies zu einem unnötigen Verlust an Qualifikations- und Bildungsinvestitionen
- Ebenso kommt es zu Verdrängungseffekten, wovon insbesondere Niedrigqualifizierte betroffen sind
- Statt dieser Lose-Lose Maßnahmen braucht es aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sowie eine Stärkung der Nachfrage

Druck auf Arbeitslose nimmt zu

Maßnahmen, die den Druck auf Arbeitslose erhöhen, werden nicht nur in Österreich immer öfter eingeführt: Häufigere Sperren des Arbeitslosengeldes, niedrigere oder degressiv gestaltete Versicherungsleistungen, bis hin zur Verpflichtung des Wohnortwechsels zur Arbeitsaufnahme stehen im Zentrum einer zunehmend autoritären Arbeitsmarktpolitik.

Wenn Druck auf arbeitslose Personen erhöht wird, zum Beispiel durch Kürzen und Streichen von Arbeitslosenleistungen oder die Verpflichtung den Wohnort für (meist temporäre) Arbeitsaufnahmen (im Tourismus) zu wechseln, wird häufig damit argumentiert, dass dieser Druck Anreize schafft, schneller eine Arbeit zu finden. Arbeitslosigkeit wird so nicht mehr als das Markt- und Politikversagen dargestellt was sie eigentlich ist, sondern als Arbeitsverweigerung der Betroffenen.

Eine Verbesserung am Arbeitsmarkt durch mehr Druck auf Arbeitslose kann nicht beobachtet werden. So hat sich die Verdoppelung der sanktionsbedingten Sperren des Arbeitslosengeldes (etwa wegen versäumten Kontrollterminen) von 2016 bis 2018 nicht auf die Verweildauer in Arbeitslosigkeit ausgewirkt.

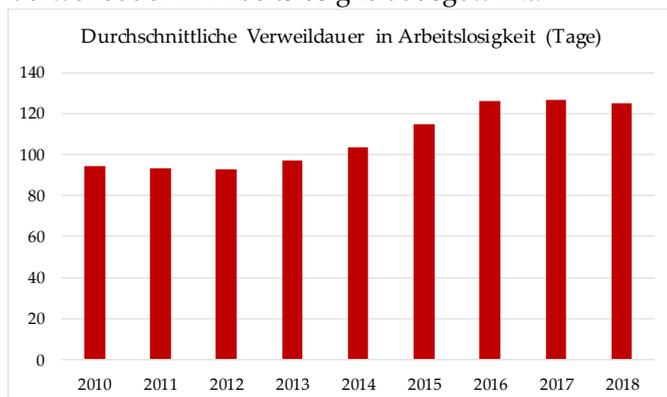


Abbildung 1. Quelle: AMS, eigene Darstellung.

Gleichzeitig bedeuten diese Sperren des Arbeitslosengeldes (Dauer meist 6 bis 8 Wochen) massive finanzielle Einbußen und mitunter existenzielle Einschnitte für die Betroffenen – ohne erkennbaren Nutzen.

Löhne sinken, Bildungsinvestitionen gehen verloren, Niedrigqualitätssektor wächst

Eine Studie von Nekoei und Weber (2017) untersuchte die Auswirkungen von Kürzungen der Dauer des Arbeitslosengeldes auf den Arbeitsmarkt, genauer gesagt den Effekt auf die darauffolgenden Beschäftigungsverhältnisse. Ein interessantes Ergebnis ist, dass **die Kürzungen dazu führen, dass Arbeitslose schlechtere Jobs annehmen.** Arbeitslose mit kürzerem Anspruch auf Arbeitslosengeld haben in ihren neuen Jobs deutlich niedrigere Löhne als vergleichbare Arbeitslose mit längerem Anspruch. Denn je kürzer die Zeit ist, eine neue Stelle zu suchen, desto geringer ist die Chance, ein Angebot zu finden, das der Ausbildung und Qualifikation der Arbeitslosen am besten entspricht.

Der erhöhte Druck auf Arbeitslose hat somit verheerende Folgen für den Arbeitsmarkt: Arbeitslose die aus finanziellen Gründen gezwungen sind, schneller Jobs zu finden, nehmen schlechtere Jobs an. Neben Lohneinbußen kann das mit dem **Verlust an Ausbildungs- und Qualifizierungsinvestitionen** einhergehen. Lange aufgebaute Fähigkeiten gehen verloren und fehlen der Wirtschaft.

Außerdem entgehen dem Staat durch die niedrigeren Löhne und prekäreren Jobs Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen. Der niedrigere private Konsum führt zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Kürzung der Versicherungsleistung schadet allen ArbeitnehmerInnen

Der Druck, auch schlechter bezahlte Jobs anzunehmen wirkt negativ auf die Lohnentwicklung für alle ArbeitnehmerInnen, insbesondere – aber nicht nur – im Niedriglohnssektor. Denn während der Druck auf Arbeitslose erhöht wird, jede Arbeit möglichst schnell anzunehmen, fehlt es an genügend Arbeitsplätzen. Kombiniert mit einem in Österreich sehr geringen Kündigungsschutz schmälert das den Handlungsspielraum von Beschäftigten, die sich grundsätzlich in einem asymmetrischen Machtverhältnis zu ihren ArbeitsplatzgeberInnen befinden. Der disziplinierende Charakter des zunehmend autoritären Arbeitslosenversicherungssystems entfaltet somit seine Wirkung weit in die Erwerbsgesellschaft.

Erhöhter Druck verfestigt Armut

Die Arbeitssuchenden (im Versicherungssystem) können sehr grob in Personen, die sehr selten arbeitslos sind, Drehtürarbeitslose (wiederholt und kurz arbeitslos) und Langzeitbeschäftigungslose unterteilt werden. Etwa zwei Drittel gelangen relativ schnell wieder in Beschäftigung. Das restliche Drittel werden zu den Langbeschäftigungslosen gezählt. Auch bei ihnen liegt die Ursache nicht daran, wie oft unterstellt wird, dass sie zu „faul“ wären, sich eine Arbeit zu suchen. Sehr viele haben gesundheitliche Einschränkungen, werden aufgrund ihres Alters nicht mehr eingestellt oder einer geringen bzw. nicht passenden Ausbildung, auch wenn sie schon hunderte Bewerbungen geschrieben haben. An diesen Faktoren ändert ein erhöhter Druck nichts, er kann sie aber sogar noch verschärfen. Denn **höhere psychische Belastungen** für die Betroffenen tragen dazu bei, immer schwerer eine Arbeit finden zu können. Finanzielle Einbußen speziell für Armutsbetroffene oder -gefährdete führen zu Stress, und verschlechtern in Folge die psychische Gesundheit. Das wiederum führt zur weiteren Verschlechterung der materiellen Lage und den Reintegrationschancen in den Arbeitsmarkt – eine Armutsfalle.

Falsches Arbeitsmarktverständnis

Diese Erkenntnisse zeigen, dass die Formel „Arbeitslose unter Druck setzen = Arbeitslosigkeit verringern“ nicht aufgeht, sondern im Gegenteil der Arbeitslosenversicherungsgemeinschaft und dem Arbeitsmarkt generell massiv Schaden zufügt. Warum nehmen dementsprechende Maßnahmen dann immer weiter zu?

Der Fokus auf Anreize für Betroffene, möglichem Leistungsmissbrauch und „Arbeitsunwilligkeit“ zielt ausschließlich auf das vermeintliche Verhalten von

Arbeitslosen ab. Damit wird das gesellschaftliche Problem individualisiert. Es wird ausgeblendet, dass Arbeitsplätze aber nicht auf Bäumen wachsen. **Ohne Nachfrage nach Arbeitskräften helfen die besten Bemühungen von Arbeitslosen nichts.** Und auf dieser Ebene gibt es starke Defizite: Das Level an Investitionen in Europa hat erst kürzlich wieder das Vorkrisenniveau erreicht, und niedrige Investitionen bedeuten auch weniger Arbeitsplätze. Hinzu kommt die zunehmend auseinanderklaffende Entwicklung der Einkommen und Profite, was sich negativ auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage auswirkt. Bei unzureichender Nachfrage fehlt den Unternehmen aber auch das Signal, die Produktion hinauf zu fahren und dadurch Arbeitsplätze zu schaffen. Und schließlich ist der öffentliche Sektor ein wesentlicher Wirtschaftsakteur. Fiskalpolitische Impulse durch Fixierung auf Nulldefizite und Schuldenbremsen unterbinden hingegen eine Beschäftigungspolitik wie beispielsweise eine freiwillige staatliche Jobgarantie. Solche schaffen insbesondere für Langzeitarbeitslose, die vom privaten Sektor keine Chance mehr bekommen, eine Möglichkeit zu einem (relativ) selbstbestimmten Einkommen.

Arbeitsmarktinvestitionen statt Stigmatisierung

Statt weiter großen Schaden durch unnützen Druck anzurichten, sollten Investitionen in **aktive Arbeitsmarktpolitik** unternommen werden, mit der den Betroffenen die Möglichkeit zur Weiterbildung und zum beruflichen Aufstieg gegeben wird. Auch sind Investitionen ins Gesundheitssystem und Prävention wichtig, denn gerade bei psychischen Erkrankungen gibt es kein ausreichendes Angebot. Darüber hinaus benötigt es eine zielgerichtete Beschäftigungspolitik, die auf die Rücknahme getätigter Privatisierungen abzielt, regionale Güterketten stärkt und somit die Chance wahrnimmt sinnvolle Beschäftigung zu schaffen und für alle Arbeitssuchenden zu garantieren.

Weitere Infos und Quellenangaben unter:

- Nekoei & Weber (2017): Does Extending Unemployment Benefits Improve Job Quality? *American Economic Review*, 107(2), 527-561.
- Theurl (2019): Wie exzessives Sanktionieren von Arbeitslosen den Versicherungsschutz untergräbt. [Arbeit & Wirtschaft Blog](#).
- Wacker (2019): Wie Sozialkürzungen Armut durch permanenten Stress verfestigen. [Arbeit & Wirtschaft Blog](#).